



Wir wollen keinen schleichenden EU-Beitritt

Weil es die bundesrätliche Absicht ist, die Schweiz auf dem Schleichweg in die EU zu führen, hat sich um Alt-Bundesrat Christoph Blocher ein...



Weil es die bundesrätliche Absicht ist, die Schweiz auf dem Schleichweg in die EU zu führen, hat sich um Alt-Bundesrat Christoph Blocher ein überparteiliches Komitee „Nein zum schleichenden EU-Beitritt“ formiert. Das Komitee hat sich zum Ziel gesetzt, die „institutionelle Einbindung“ in die EU zu verhindern. Mit der Übernahme von fremdem Recht und der Akzeptierung von fremden Richtern würde die Schweiz kein freies, unabhängiges, selbständig entscheidendes Land mehr sein.

Wollen Sie das liebe Schweizerinnen und Schweizer? Wenn nicht, dann treten Sie doch dem überparteilichen Komitee „Nein zum schleichenden EU-Beitritt“ bei. Gemeinsam können wir diesen EU-Schleich-Beitritt noch verhindern!

Postanschrift: Komitee „Nein zum schleichenden EU-Beitritt“, Postfach 23, 8416 Flaach ZH; Internetadresse: www.eu-no.ch

von Originalartikel

Quellen:

Aus dem Faltblatt des Komitees „Nein zum schleichenden EU-Beitritt“ www.eu-no.ch

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.